



Informationsposter von UNIFEM, dem UN-Entwicklungsfonds für Frauen, zu den „woman's human rights“-Veranstaltungen der Weltfrauenkonferenz in Peking.

Im Schatten der Weltpolitik

Internationale Beziehungen und Geschlecht

Madeleine Albright, die erste Frau in der Geschichte der Vereinigten Staaten an der Spitze des US-Außenministeriums, äußerte sich am 8. März 1997 anlässlich des Internationalen Frauentages zu den Rechten von Frauen weltweit. Sie betonte, „daß der Schutz der Rechte der Frauen ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik sei. Dazu gehört die Verhinderung sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen“. (Internationale FrauenNews März 1997) So selbstverständlich diese Aussage aus frauenpolitischer Sicht auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag, so ungewöhnlich liest sie sich als offizielle außenpolitische Stellungnahme einer führenden Weltmacht. Denn Frauenrechte gehören am Ende des 20. Jahrhunderts eben nicht zu den üblichen Verhandlungsthemen der Außen- und internationalen Politik, und noch seltener sind sie Gegenstand internationaler Verträge.

Von Uta Ruppert

Wer hätte je davon gehört, daß beispielsweise für den Beitritt eines Landes zur Europäischen Union die Beschäftigungsrate von Frauen ein Kriterium gewesen wäre oder daß die Vergabe eines Kreditprogrammes durch die Weltbank an den staatlichen Schutz von Frauen gegen Gewalt in der Familie gebunden worden wäre? Genauso wenig wird etwa die Reform der UNO im Hinblick auf mehr Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten für Frauen diskutiert oder werden Hilfeleistungen westlicher Industrieländer beim Aufbau demokratischer Strukturen in südlichen Kontinenten ins Verhältnis zur po-

litischen Teilhabe von Frauen gesetzt.

Chancen und Grenzen internationaler Frauenpolitik

Dennoch haben Ereignisse wie die IV. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 in Peking internationale Frauenpolitik in den letzten Jahren stärker ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt und das Bewußtsein über die geschlechtlichen Dimensionen der Fragen von Weltentwicklung und Weltfrieden erhöht. Daß Frauen etwa in den meisten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas neben der Reproduktionsarbeit einen großen, wenn nicht den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeit leisten, daß Entwicklung also alles andere als ein geschlechtsneutraler Prozeß ist, gehört nach mehr als 20 Jahren Frauenpolitik im Bereich der Entwicklungspolitik auch zum Wissen der meisten männlichen Experten internationaler Entwicklungsorganisationen. Zahllose Basisorganisationen von Frauen in Entwicklungsländern, nationale, regionale und internationale Frauennetzwerke, Entwicklungsexpertinnen vor Ort und in den internationalen Entwicklungsinstitutionen sowie Frauenforscherinnen aus allen Kontinenten haben mit ihrer Arbeit und Politik auf verschiedenen Ebenen eine gewisse Anerkennung solcher Fakten über die Bedeutung von Geschlecht für die Weltpolitik erwirkt.

Damit konnte sich die internationale Frauenbewegung in den 90er Jahren denn auch ein Mitspracherecht in der internationalen Politik erstreiten. In einigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, wie der Weltgesundheitsorganisation oder UNICEF, ist der Anteil von Frauen in führenden Positionen in den letzten Jahren deutlich gestiegen und beträgt Mitte der 90er Jahre immerhin rund zehn Prozent (vgl. Winslow 1995). Bei den Weltkonferenzen 1992 zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, 1993 zu Menschenrechten in Wien, 1994 zu Bevölkerung und Entwicklung in Kairo und 1995 zur Sozialent-



Frauen des deutschen NGO-Zusammenschlusses beim täglichen Informationsaustausch während des Forums zur Weltfrauenkonferenz in Peking. Foto: privat

wicklung in Kopenhagen waren Frauen so präsent wie nie zuvor in der Geschichte der Vereinten Nationen. Sogenannte Frauenfragen erlangten im Rahmen dieser Konferenzen eine bis dahin ungeahnte internationale Aufmerksamkeit (vgl. Ruppert 1995).

Allerdings zeichnen sich in dieser jüngeren Erfolgsgeschichte internationaler Frauenpolitik gleich-

zeitig die Grenzen ihrer Einflußchancen ab. Diese sind bislang beschränkt auf die „weichen“ und deshalb „frauenverträglicheren“ Ränder der „low politics“ in der Weltpolitik, wie eben Entwicklungs-, Menschenrechts- und Bevölkerungspolitik. Und sie sind weitgehend beschränkt auf die Ausarbeitung von Erklärungen und Aktionsprogrammen ohne

Etappen internationaler Frauenpolitik

- 1972 Beschluß der UNO, das Jahr 1975 zum „Internationalen Jahr der Frau“ zu erklären
- 1975 Erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko City
- 1980 Zweite Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen
- 1984 Gründung von DAWN (Development Alternative with Women for a New Era), einem einflußreichen Netzwerk von Frauen aller südlichen Kontinente
- 1985 Dritte Weltfrauenkonferenz in Nairobi
- 1991 Weltfrauenkongreß in Miami zur Vorbereitung des Weltumweltgipfels von 1992
- 1992 Weltgipfel zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro
- 1993 UN-Menschenrechtskonferenz in Wien
- 1994 Weltbevölkerungskonferenz in Kairo
- 1995 Weltsozialgipfel in Kopenhagen
- 1995 Vierte Weltfrauenkonferenz in Peking

völkerrechtlich verbindlichen Vertragsstatus, wie sie bei UN-Konferenzen üblich sind.

An den Strukturen und Inhalten der „harten“ Kernbereiche internationaler Politik hingegen hat sich durch die Basispolitiken von Frauen weltweit und die Interventionen höchst professioneller Expertinnen in den internationalen Institutionen wenig geändert. Ob Außenministertreffen oder Diplomatenbanketts, ob Abrüstungs- oder NATO-Erweiterungsverhandlungen, ob Weltwirtschaftsgipfel oder Welthandelskonferenzen, all dies sind mehr oder weniger reine Männertreffen, bei denen Frauen, bis auf Ausnahmen wie Madeleine Albright, hauptsächlich als Dolmetscherinnen anwesend sind. Und diese Männerrunden verhandeln die Themen der sogenannten „high politics“ in den internationalen Beziehungen in aller Regel, ohne die geschlechtlichen Aspekte ihrer Entscheidungen auch nur zu diskutieren.

Erst eine Stellungnahme wie die der US-Außenministerin macht deutlich, daß Geschlecht offenbar auch in der Weltwirtschafts- oder Sicherheitspolitik eine Rolle spielen kann und auf eine unausgesprochene, Frauen bisher eher negativ betreffende Weise auch tatsächlich spielt. So können beispielsweise internationale Handelsabkommen die weltweite „Feminisierung der Armut“ verschärfen (vgl. Beneria/Feldman 1992), und steigende gesellschaftliche Militarisierungsgrade korrelieren in der Regel weltweit mit der Zunahme von Gewalt gegen Frauen (vgl. Isaksson 1988). In solchen Ergebnissen scheinbar geschlechtsneutraler internationaler Verhandlungen wird die Bedeutung von Geschlecht in einem doppelten Sinne offenbar: als ursächliche, die Handlungen der (männlichen) Entscheidungsträger leitende Größe und als Kategorie, die Wirkungen strukturiert.

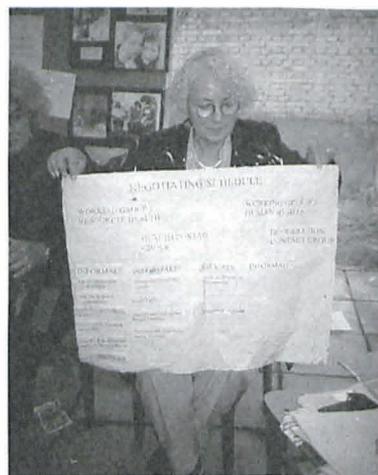
Geschlecht in den Theorien internationaler Beziehungen

Einen gleichsam fachlichen Spiegel dieser Geschlechtskodierungen internationaler Politik bieten

klassische politikwissenschaftliche Theorien über internationale Beziehungen. Kaum ein anderes Gebiet der Politikwissenschaft hat sich in seinem „harten Kern“ in den letzten Jahren als so rigide im Beharren auf seiner vermeintlichen Geschlechtsneutralität und daher als so resistent gegenüber Geschlechterthemen gezeigt. Trotz der Fülle von Studien der Frauenforschung in allen Bereichen der Internationalen Beziehungen erweist es sich bis heute als schwieriges Projekt, dieses Feld für die Frauen- und Geschlechterforschung zu öffnen. Erst Ende der 80er Jahre ist es vornehmlich US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen gelungen, Fragen nach den Ursachen der Geschlechtsblindheit von Theorie und Praxis internationaler Beziehungen in die Fachdiskussionen einzubringen (vgl. z. B. Peterson 1992, Sylvester 1994, Tickner 1992). Im deutschsprachigen Raum steht dieser Zweig der politischen (Frauen-)Forschung eine Dekade danach an seinen zwar späten, aber vielversprechenden Anfängen. In Analogie zu den anglo-amerikanischen Untersuchungen geht es auch hier zunächst um eine Art feministische Grundlagenforschung im Sinne der Enthüllung des „Warum“. Warum spielt Geschlecht in den Theorien internationaler Politik scheinbar keine Rolle, und wel-



Die Algerierin Zazi Zadou bei ihrer Aussage vor dem globalen Tribunal zur Verantwortung für Menschenrechte von Frauen 1995 in Huairou. Foto: privat



Hanne Pollmann, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats beim „briefing“ der deutschen Forumsteilnehmerinnen über den Stand der Regierungskonferenz. Foto: privat

chen Zweck erfüllen die spezifischen Formen der Geschlechtsblindheit?

Den Leitfaden einer solchen Klärung bilden vor allem zwei Aspekte. Erstens die Prüfung der impliziten Annahmen über Geschlechtsrollen der jeweiligen Theorieansätze. „Nach welchen Kriterien ist „Männlichkeit“ als empirisch ganz offensichtlich zentraler Bezugspunkt der internationalen Politik konstruiert? Welche Rolle spielen demgegenüber welche Fiktionen von „Weiblichkeit“?“ (Ruppert 1997:256) Daraus folgt zweitens die Untersuchung der Konstitution von Geschlechterverhältnissen als Verhältnisse der ungleichen Verteilung von Macht. „Welche „Platzanweisungen“ und welche Funktionen in der internationalen Politik sind mit welchen Geschlechtszuschreibungen verbunden, und wie vollzieht sich die (Re-)produktion der Geschlechterhierarchien?“ (ebd.)

Eine – hier zwangsläufig – summarische Antwort auf diese Fragen konzentriert sich auf die zentrale Kategorie der Macht in den drei großen, klassischen Theorierichtungen internationaler Politik.

„Männliche“ Kriegsfähigkeit im Realismus

Im ältesten, bis heute politikrelevanten Ansatz des Realismus in den internationalen Beziehungen

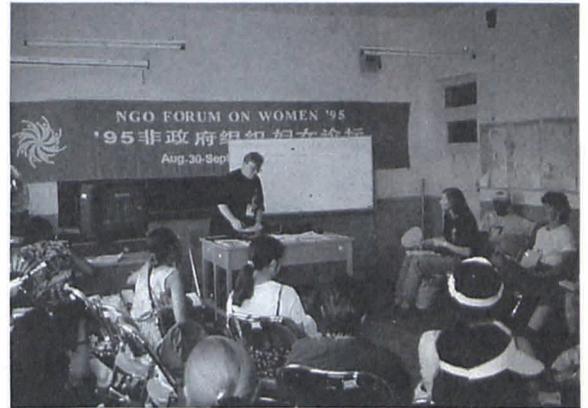
gilt Macht vor allem als die Durchsetzungs- bzw. Kriegsfähigkeit von einander tendenziell feindlich gegenüberstehenden Nationalstaaten (vgl. z. B. Kindermann 1981). Starke staatliche Machtpotentiale und insbesondere Militärpotentiale erscheinen daher notwendig, um die einzelstaatlichen Interessen gegenüber dem Rest der Welt zu verteidigen bzw. durchzusetzen zu können. Daß diese wohlbekannte Doktrin des Kalten Krieges mit dessen Ende längst nicht hinfällig geworden ist, zeigen z. B. die jüngeren rüstungspolitischen Debatten um den vermeintlichen „Clash of Civilizations“ (Huntington 1993), wonach im prognostizierten Krieg der Kulturen der Westen gegen den Rest der Welt in Frontstellung geraten wird. Auch am Ende des 20. Jahrhunderts wird also die uneingeschränkte staatliche Entscheidungsmacht in der internationalen Politik zu den Bedingungen gezählt, die für die Herstellung und Bewahrung von Kriegsfähigkeit als Quelle staatlicher Macht notwendig sind. Und diese Entscheidungsmacht folgt einem instrumentellen Rationalitätskalkül, das äußerst strikt entlang der klassischen Konstruktion von Männlichkeit definiert ist. „Dem emotionslosen, autonomen und gleichzeitig kampfbereiten Staatsmann obliegt im Staatsinteresse die Kontrolle über den atomaren Ernstfall.“ (Ruppert 1997:258) Seine vermeintlich männlichen Eigenschaften sind es, die diesen idealtypischen Staatsmann befähigen, eventuelle moralische Bedenken oder gar gefühlsgeleitete Ängste hinter dem Staatsinteresse zurückzustellen.

Frauen hingegen kommen in dieser Position theoretisch nicht vor, denn sozial weibliche Eigenschaften, wie beispielsweise emotionale Gebundenheit, erscheinen an solcher Stelle als potentielle Gefährdung des Weltsystems. In dieser theoretischen Konstruktion von „männlicher“ Kriegsfähigkeit und Durchsetzungsmacht läßt sich somit ein erster wesentlicher Grund für die realen Partizipationshindernisse von Frauen in der inter-

nationalen Politik ausmachen, der längst nicht nur den Bereich der Sicherheitspolitik betrifft.

„Männliche“ Verhandlungsmacht im Pluralismus

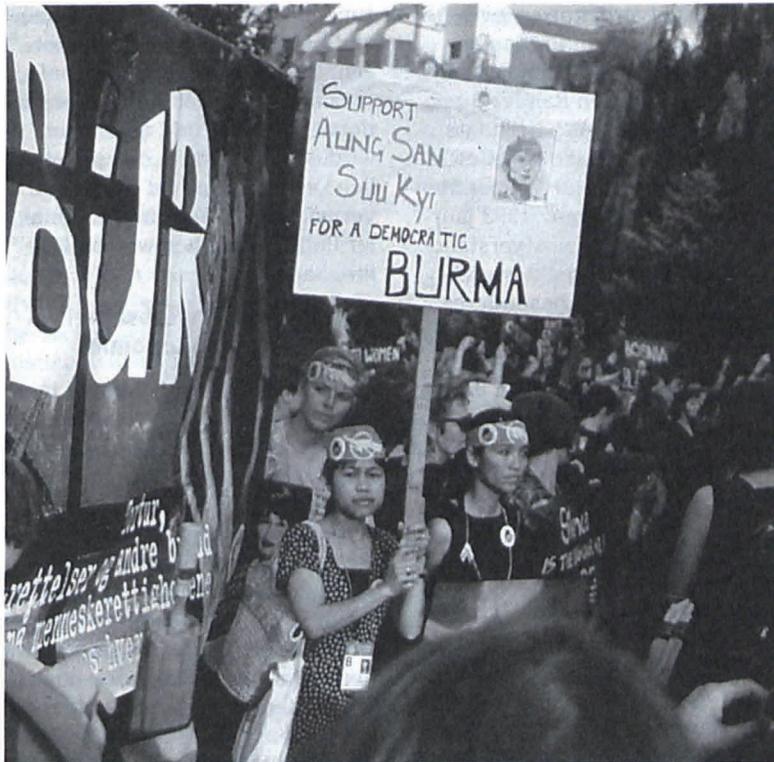
In pluralistischen, liberalen Theorien internationaler Politik wird die Welt weniger als anarchisches Staatensystem und dafür mehr als höchst komplexes, interdependentes Handlungsgeflecht in und zwischen den verschiedenen Politikbereichen der einzelnen Staaten angesehen (vgl. z. B. Kohler-Koch 1990). Effektive Konfliktregulierung erfolgt demnach nicht durch die Drohung mit Machtausübung sondern durch Verhandlungen mit dem Ziel der Kooperation möglichst aller Betroffenen. Kooperation, so die Prämisse, ermöglicht eine zwar selten gleich verteilte, aber doch allen Konfliktparteien zugute kommende Optimierung des gemeinsamen Nutzens. Ein realpolitisches Beispiel dafür sind die Weltkonferenzen der letzten Jahre, die zeigen, daß es für nicht-staatliche Akteure und damit auch für Interessenvertretungen von Frauen in dieser



Workshop zu reproduktiven Rechten von Frauen beim NGO-Forum 1995 in Huairou.
Foto: privat

Sichtweise leichter ist, ein Mitspracherecht zu erlangen.

Wird allerdings die Tatsache berücksichtigt, daß der Ausgang internationaler Verhandlungen eben nicht nur vom Verhandlungsgeschick der einzelnen teilnehmenden Parteien abhängt, sondern immer noch wesentlich auf den unterschiedlichen ökonomischen, politischen und militärischen Machtpotentialen der beteiligten



Aktion burmesischer Frauen beim NGO-Forum in Huairou.

Foto: privat



Frauen aus dem Pazifikraum demonstrieren beim NGO-Forum in Huairou gegen die jüngsten Beschlüsse der Welthandelsorganisation. Foto: privat

Staaten beruht, offenbaren sich zugleich die impliziten Grenzen weiblicher Partizipationsmöglichkeiten. Insofern liberale Theorien die *Strukturen* ungleicher Verhandlungsmacht im internationalen System und damit auch die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern unthematisiert lassen, erscheinen Frauen als eine von vielen Randgruppen dieses Systems mit partikularen Sonderinteressen. So galt Gewalt gegen Frauen bis zur Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 jahrzehntelang nicht selbstverständlich als Menschenrechtsverletzung, sondern als „besonderes“ Frauenrechtsproblem. Eine gewisse Berücksichtigung können die Anliegen von Frauen dann finden,

wenn sie nach den herrschenden Spielregeln der Männer in die internationale Politik eingebracht werden. In dieser Logik ist es dann weiterhin die Aufgabe der Frauen selbst, ausreichende Machtpotentiale für die Durchsetzung ihrer Interessen aufzubauen und beispielsweise dafür zu sorgen, daß nach der Wiener Konferenz nun Vergewaltigung international als Asylgrund anerkannt wird. Wie sie dies in der „männlich“ verregelten und „männlich“ vermachteten Welt internationaler Politik erreichen wollen, ist ihre Sache.

„Männliche“ Erwerbsarbeit in der kritischen Ökonomie

Ökonomiekritische Theorien internationaler Politik, als dritte der hier besprochenen klassischen Ansätze, befassen sich vor allem mit dem Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht (vgl. z. B. Strange 1988). Zentrale Konfliktpunkte werden in der historisch kontextualisierten Ordnung der Weltwirtschaft und den daraus resultierenden ungleichen internationalen Machtverhältnissen, beispielsweise im Nord-Süd-Verhältnis, ausgemacht. Da hier also die Frage nach inter-

nationalen Machtstrukturen und Herrschaftslegitimationen aufgeworfen wird, rücken die Träger(innen) einer möglichen Veränderung und damit die sozialen Verhältnisse der Macht stärker ins Blickfeld.

Allerdings gelten Geschlechterverhältnisse in aller Regel nicht als gleichermaßen strukturierend für die Beziehungen zwischen Markt und Politik wie die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Wenn Frauen in ökonomiekritischen Analysen auftauchen, dann häufig als Akteurinnen der „öffentlichen“, „männlich“ definierten Produktionsverhältnisse des Weltmarktes, beispielsweise als Billiglohnarbeiterinnen in freien Produktionszonen. Die ökonomische Rolle von Frauen in den (vermeintlich) privaten Bereichen der Weltwirtschaft, d. h. etwa die Rolle von Frauen als unbezahlte Bäuerinnen, Handwerkerinnen, Umwelt-, Gesundheits-, Bildungs- und Familienarbeiterinnen, bleibt hingegen meist völlig unberücksichtigt. Damit wird dann auch zwangsläufig hinweggesehen über die Bedeutung der weltweiten Strukturen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung für die internationale Politik.

Zusammenfassend läßt sich zu den Geschlechtskodierungen klassischer Theorien internationaler Politik damit folgendes festhalten: Allen Ansätzen gemeinsam ist die Festlegung auf die Sphäre der „männlich“ geprägten und dominierten Öffentlichkeit als allein relevantem Ort für die Entstehung und Austragung bzw. Bearbeitung von internationalen (Macht-)Konflikten. Dies beinhaltet sowohl den (relativen) Ausschluß von Frauen als gleiche politische Subjekte, als auch die Festschreibung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Differenzieren läßt sich dagegen zwischen den einzelnen Ansätzen die (relative) Durchlässigkeit für weibliche „Sonderinteressen“. Sie bestimmt sich offensichtlich entlang der fokussierten Gegenstandsbereiche, die wiederum entscheidend sind für die Konstituierung der impliziten Ge-

JUSTUS-LIEBIG-
UNIVERSITÄT
GIESSEN

Dr. Uta Ruppert

Institut für Politikwissenschaft
Karl-Glöckner-Straße 21 E
35394 Gießen
Telefon (0641) 99-23135



Workshop beim NGO-Forum 1995 in Huairou.

Foto: privat



Uta Ruppert, Jahrgang 1961, ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Soziologie an der Universität Gießen wurde sie 1993 mit einer Dissertation zu Frauenarbeit und Frauenpolitik in Burkina Faso promoviert. Zur Zeit arbeitet sie an einem Habilitationsprojekt zur feministischen Theorie internationaler Beziehungen.

lichen „mainstream“ – oder auch „malestream“ – in der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen die wissenschaftliche Freiheit zu nehmen, den bestehenden Rahmen gleichsam zu nutzen, um ihn zu sprengen. ■

LITERATUR

- Beneria, Lourdes/Feldman, Shelly (Hg.) (1992), *Unequal Burden. Economic Crisis, Persistent Poverty and Women's Work*, Boulder u. a.
- Holland-Cunz, Barbara (1996), *Feminismus: Politische Kritik patriarchaler Herrschaft*, in: Neumann, Franz (Hg.), *Handbuch Politische Theorien und Ideologien*, Bd. 2, Opladen, S. 357–388
- Huntington, Samuel P. (1993), *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Summer 1993, S. 22–49
- Internationale FrauenNews, März 1997, S. 2–3 (<http://members.aol.com/frauennews/intern3.htm>)
- Isaksson, Eva (Hg.) (1988), *Women and the Military System*, London
- Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.) (1981), *Grundelemente der Weltpolitik*, München
- Kohler-Koch, Beate (1990), „Interdependenz“, in: Rittberger, Volker (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, PVS Sonderheft 21, Opladen, S. 110–129
- Peterson, Spike (Hg.) (1992), *Gendered States. Feminist (Re)visions of International Relations Theory*, Boulder
- Ruppert, Uta (1995), *Fortschritt – Rückschritt – Wechselschritt: Internationale Frauenpolitik zwischen Backlash und Empowerment*, in: Jansen, Mechthild M., Baringhorst, Sigrid/Ritter, Martina (Hg.), *Frauen in der Defensive? Zur backlash-Debatte in Deutschland*, Münster, S. 182–198
- Ruppert, Uta (1997), *Kriegsfähigkeit, Verhandlungsmacht und ungleiche Arbeitsteilung. Bedingungen der Geschlechterpolitik in den internationalen Beziehungen*, in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.), *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York, S. 254–278
- Strange, Susan (1988), *States and Markets*, London
- Sylvester, Christine (1994), *Feminist Theory and International Relations in a Postmodern Era*, Cambridge
- Tickner, J. Ann (1992), *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*, New York
- Winslow, Anne (1997), *Specialized Agencies and the World Bank*, in: Winslow, Anne (Hg.), *Women, Politics and the United Nations*, Westport, S. 155–175

schlechtsrollenannahmen. Kriegsfähigkeit als Quelle staatlicher Macht bedingt extreme Polarisierungen der Geschlechtskonstruktionen; Verhandlungsmacht läßt die Möglichkeit der Gleichheit theoretisch offen, ignoriert dabei aber tatsächlich bestehende Machtunterschiede; ebenso erlaubt Wirtschaftsmacht die „öffentliche“ Gleichheit vor dem Markt, läßt deren konstitutive „private“ Ungleichheit jedoch unangetastet.

Umriss einer feministischen Theorie internationaler Beziehungen

Für die Profilierung einer feministischen Theorie internationaler Beziehungen sind diese Ergebnisse feministischer „Ursachenforschung“ in zweifacher Hinsicht bedeutsam. Wie in anderen Feldern der Politikwissenschaft auch (vgl. Holland-Cunz 1996), formt die Kritik der klassischen Theorieansätze die Umriss einer der Kategorie Geschlecht angemessenen Theorie internationaler Beziehungen, indem sie sowohl die Anschlußstellen an vorhandene Ansätze offenlegt, als auch das Innovationspotential der Geschlechterforschung ausleuchtet. So beinhalten die Geschlechtskodierungen

herkömmlicher Theorien einerseits durchaus relevante Aussagen über Partizipationshindernisse und Partizipationschancen von Frauen (und Männern) in der internationalen Politik. Andererseits werden in diesen Geschlechtskodierungen die Grenzen der Erkenntnisse über real wirksame Prozesse der Strukturierung internationaler Politik offenbar. Ohne die analytische Kategorie Geschlecht lassen sich politisch-institutionelle, politisch-ökonomische, soziale und kulturelle Konfliktlagen in der internationalen Politik nicht realitätsadäquat erfassen. Doch obwohl die konstitutiven Geschlechtsblindheiten der herrschenden Ansätze eine feministische Erneuerung nur sehr bedingt ermöglichen, muß feministische Theorie internationaler Politik die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen nicht gänzlich neu erfinden. Sie kann und sollte sich vielmehr der vorhandenen Sichtweisen und methodischen Zugänge „bedienen“, die sich auf ihre Problemzugänge und Fragestellungen angemessen beziehen lassen. Ihre zukünftige Aufgabe wird folglich vor allem darin bestehen, sich auf der Grundlage ihrer bisherigen Erkenntnisse gegenüber dem männ-